

**Kulturelle Höhepunkte**

Der Urlaub muss nicht immer weit weg verbracht werden – auch im Land gibt es genügend Angebote. 9

Abbruchgesuch bewilligt

Das Hotel-Restaurant Schaanerhof wurde 1959 eröffnet. Nun wird es dem Erdboden gleichgemacht. 3

12 Uhr. Was Neues?

Gehen Sie online.

**Zehnjährige Blockade dank Lücke gelöst**

Der US-Senat hat gestern das Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit der Schweiz ratifiziert, nachdem es während zehn Jahren blockiert war. Dass Bewegung in die Angelegenheit kommen könnte, hatte Ueli Maurer am Rande der Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank Mitte April in Washington angedeutet. Jahrelang hatte sich der republikanische Senator Rand Paul gegen das DBA gewehrt, das bereits 2009 unterzeichnet worden war. Seiner Ansicht nach verletzt es die Privatsphäre. Gemäss den Regeln des Senats kann ein einzelner Abgeordneter verhindern, dass eine Gesetzesvorlage von der ganzen Kammer behandelt wird. Laut SRF hat Mitch McConnell, der Mehrheitsführer der Republikaner im Senat, gestern aber eine Lücke für die Abstimmung gefunden. Das Abkommen erleichtert es den Amerikanern, bei Verdacht auf Steuerhinterziehung bei den Schweizer Behörden Informationen einzuholen. (sda)

Sapperlot

Und wieder einmal darf man sich ungeniert mit der Hand an den Kopf greifen und sich fragen, ob gewisse Leute noch ganz bei Trost sind. Die Internet-Gemeinde hat nämlich die nächste hirnrissige und äusserst dämliche Challenge ins Leben gerufen. Dieses Mal geht es um sogenannte «Sunburn-Tattoos» (zu Deutsch «Sonnen-Tattoo»), mit denen sich so mancher stolze Social-Media-Nutzer derzeit auf diversen Plattformen brüstet. Die Challenge ist schnell erklärt: Man deckt eine Stelle des Körpers entweder mit Sonnencreme oder einem mit Muster beschnittenen T-Shirt ab und legt sich so lange in die Sonne, bis sich die ungeschützte freiliegende Haut dunkelrot färbt – also bin man einen ordentlichen Sonnenbrand hat. Dann muss man nur noch ein Foto vom «Kunstwerk» schiessen, es ins Internet laden und hoffen, dass man möglichst viele Likes bekommt. Der Hautkrebs wird sich in ein paar Jahren bestimmt dafür bedanken. Julia Kaufmann

Medicnova: Weitere Forderungen eingegangen

Die Forderungen gegenüber der ehemaligen Privatklinik belaufen sich auf eine Höhe von 7 Mio. Franken.

Desirée Vogt

Die amtlichen Kundmachungen vom 17. Juli zeigen: Auch mehr als ein Jahr nach der Schliessung der Medicnova AG in Gamprin gehen noch Forderungen ein. Am 21. August steht eine Prüfungstagsatzung an, bei der es um nachträglich angemeldete Forderungen der AHV-IV-FAK-Anstalten geht. Diese Forderungen belaufen sich auf 120 000 Franken, wie Masseverwalter Alexander Ospelt informiert. Von den gesamten an die Medicnova gestellten Forderungen von über 16 Mio. Franken wurden übrigens nur 7 Mio. anerkannt.

Nicht alle Gläubiger werden bedient werden können

Die Forderungen der AHV-IV-FAK-Anstalten werden wohl gedeckt werden

können, wie Ospelt weiter informiert – denn aus dem Verkauf des Mobiliars sowie weiteren noch offenen Ansprüchen konnte der Masseverwalter bisher 1,7 Mio. Franken realisieren – und auch diese Summe kann sich noch erhöhen. «Wir prüfen noch weitere Ansprüche zugunsten der Medicnova», bestätigt Ospelt.

Dabei handelt es sich hauptsächlich um ausstehende Gelder der Krankenkassen und Privaten, die unter Umständen auf dem Gerichtsweg eingefordert werden müssen. Unter anderem seien noch etwa 250 000 Franken von Krankenkassen ausstehend. Das heisst auch, dass noch nicht alle erfolgten Eingriffe in der Medicnova gezahlt worden sind. Dies, obwohl die Privatklinik bereits am 6. Juli 2018 Konkurs angemeldet hat. Doch es

kann Jahre dauern, bis diese Forderungen eingetrieben sind. Und erst dann kann die Betreibergesellschaft der Medicnova «gelöscht» und Ospelt als Masseverwalter enthoben werden. Klar ist allerdings schon jetzt – die Konkursmasse wird am Ende nicht ausreichen, um alle Gläubiger bedienen zu können. Immerhin konnten aber bereits rund 650 000 Franken inkl. Lohnnebenkosten an die ehemaligen Arbeitnehmer ausbezahlt werden.

Auch Verantwortlichkeitsklage steht im Raum

Das gesamte bewegliche Inventar der Privatklinik wurde bereits online versteigert. Insgesamt waren 1192 Lose zu einem Startgebot von total über 1,1 Millionen Franken zu haben. Mit der Konkursmasse hatte diese Versteige-

rung aber nur wenig zu tun, wie Masseverwalter Alexander Ospelt im Mai auf Anfrage erklärte. Nur etwa fünf Prozent der Lose standen unter seiner Verwaltung. Dabei ging es hauptsächlich um das medizinische Verbrauchsmaterial. Der grössere Teil der Gegenstände, welche zur Versteigerung gelangten, gehörte Leasingfirmen.

Weiterhin offen ist, ob allenfalls auch Verantwortlichkeitsansprüche geprüft werden. Bereits letztes Jahr hatte Masseverwalter Alexander Ospelt dazu ausgeführt, dass zu prüfen sei, ob der Verwaltungsrat richtig gehandelt habe bzw. ob der Konkurs zum richtigen Zeitpunkt angemeldet worden sei. «Uns steht dann frei, ob wir selbst Verantwortlichkeitsklagen führen oder ob wir diese allenfalls versteigern.»

Laienförster pflegen Liechtensteins Schutzwald

Im Rahmen des Bergwaldprojekts campieren Freiwillige bei der Berghütte Alpila, um mit traditionellem Forsthandwerk die Umgebung instand zu halten. Sie bieten Liechtenstein einen wichtigen Dienst. 5

Bild: Stiftung Bergwaldprojekt

Grundwerte-Check für alle Mitglieder

Alle EU-Staaten werden sich künftig regelmässig Überprüfungen der Rechtsstaatlichkeit unterziehen müssen. Die EU-Kommission kündigte gestern an, ab sofort einmal im Jahr die Lage in allen Mitgliedstaaten zu begutachten. Das neue System werde die «Früherkennung sich abzeichnender Rechtsstaatlichkeitsprobleme erleichtern», teilte die Behörde in Brüssel mit. Über möglicherweise notwendige Konsequenzen solle dann mit dem EU-Parlament und dem Rat der EU, dem Gremium der Mitgliedstaaten, geredet werden. Mit dem neuen Verfahren reagiert die EU-Kommission offensichtlich auch auf Vorwürfe von Ländern wie Polen und Ungarn. Diese hatten sich in der Vergangenheit wiederholt darüber beklagt, einseitig im Fokus der Brüsseler Behörde zu stehen. Gegen beide Staaten wurden wegen mutmasslicher Verletzungen der EU-Grundwerte bereits Klagen vor dem EU-Gerichtshof eingereicht und Verfahren eingeleitet. (sda)

Deutschland hat neue Ministerin

CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer ist zur Verteidigungsministerin ernannt worden. Bundesrats-Vizepräsident Michael Müller überreichte ihr gestern die Ernennungsurkunde. Die bisherige Ressortchefin Ursula von der Leyen erhielt aus seinen Händen die Entlassungsurkunde. (sda) 18

Liechtenstein lebt
digital

LIGITAL.LI

li*gital

www.ligital.li

